

Audouard, Rolf

**Article — Digitized Version**

## Wirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone auf den deutschen Maschinenbau

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Audouard, Rolf (1957) : Wirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone auf den deutschen Maschinenbau, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 9, pp. 514-518

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132529>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

dell — sehen. „Bausteine“ solcher Straßen, Einzweck-Bearbeitungseinheiten, aus denen solche Straßen zusammengestellt werden, sind auf den Ständen verschiedener Herstellerwerke vertreten.

Es darf gesagt werden, daß auf allen Gebieten des Werkzeugmaschinenbaus, bei allen Gattungen — und es sind ihrer viele — eine erfolgreiche Entwicklungs-

und Weiterentwicklungsarbeit geleistet worden ist. Eine große und umfassende Ausstellung, die international besichtigt ist, kann darüber die beste Auskunft geben. Hier vermögen die Betriebsingenieure zu erkennen, welche Produktionsmittel ihnen für die Lösung ihrer Aufgaben neu zur Verfügung stehen, um zu weiteren Leistungsfortschritten zu gelangen.

## Wirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone auf den deutschen Maschinenbau

R. Audouard, Frankfurt/M.

Bei dem Versuch, die Probleme aufzuzeigen, die sich für den deutschen Maschinenbau aus der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Bildung der Freihandelszone ergeben, kann es nicht das Anliegen sein, Prognosen für die Zukunft zu stellen. Es ist vielmehr beabsichtigt, zu zeigen, welche Ausgangsbasis die deutsche Maschinenindustrie bei ihrem Start in den Gemeinsamen Markt innehat und welche Wirkungen sich sowohl für den Maschinenaußenhandel als auch für die heimische Produktionsstruktur aus der Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bzw. in die Freihandelszone ergeben können.

### PRODUKTION UND AUSSENHANDELSSTRUKTUR

Zweifellos kommt der deutschen Maschinenproduktion im Fertigungsvolumen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft insgesamt besondere Bedeutung zu. Die Produktionszahlen der einzelnen Mitgliedstaaten können zwar nur geschätzt werden, dennoch entbehren sie nicht eines gewissen Aussagewertes.

#### Maschinenproduktion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1956

Land	Produktion	
	in Mill. \$	in %
Bundesrepublik	4 033	55,2
Frankreich einschl. Saargebiet	1 700	23,3
Belgien-Luxemburg	175	2,4
Niederlande	300	4,1
Italien	1 100	15,0

Bezieht man die Länder, die möglicherweise der Freihandelszone beitreten werden, nämlich Großbritannien, Skandinavien, die Schweiz und Österreich in die Betrachtung ein, so verdient die Ausbringung des eng-

#### Maschinenproduktion der Freihandelszone 1956

Land	Produktion	
	in Mill. \$	in %
Bundesrepublik	4 033	31,4
Frankreich einschl. Saargebiet	1 700	13,2
Belgien-Luxemburg	175	1,3
Niederlande	300	2,3
Italien	1 100	8,5
Großbritannien	4 000	31,0
Schweiz	400	3,1
Österreich	140	1,1
Dänemark	160	1,2
Norwegen	50	0,4
Schweden	850	6,5

lischen Maschinenbaus besondere Beachtung. Mit einer Produktion von 4 000 Mill. \$ im Jahre 1956 entspricht ihre Höhe derjenigen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Produktionszahlen der einzelnen Staaten vermitteln zwar eine Vorstellung von der relativen Bedeutung der nationalen Maschinenindustrien, sagen aber nichts darüber aus, in welchem Maße der Außenhandel und die Produktion von der Schaffung des gemeinsamen westeuropäischen Marktes betroffen werden. Die Wirkungen auf die einzelnen nationalen

#### Regionale Aufgliederung der Maschinenexporte der EWG-Länder

(in % ihrer jeweiligen Gesamtausfuhr an Maschinen)

Land	EWG-Länder	FHZ-Länder einschl. EWG-Länder	Dritte Länder
Bundesrepublik	33,7	56,7	43,3
Frankreich einschl. Saargebiet	45,8	55,3	44,7
Belgien-Luxemburg	54,3	63,8	36,2
Niederlande	38,8	55,4	44,6
Italien	21,1	26,8	73,2

Industrien hängen vielmehr weitgehend von der regionalen Ausfuhr- und Einfuhrstruktur ab. Je stärker ein Land mit seiner Ausfuhr und Einfuhr im westeuropäischen Markt engagiert ist, um so stärker werden die positiven bzw. negativen Wirkungen sein.

#### KONKURRENZPROBLEME

Durch die Senkung der Zölle und den Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Teilnehmerstaaten werden zwar günstigere Voraussetzungen für den Export in die Teilnehmerstaaten geschaffen, diese Maßnahmen führen in sämtlichen Partnerländern aber auch zu einer Verschärfung der ausländischen Konkurrenz gegenüber der heimischen Industrie. Die Konkurrenzgefahr wird um so größer sein, je bedeutungsvoller die Einfuhr aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. aus der Freihandelszone im Rahmen der Maschinenversorgung des jeweiligen Landes heute schon ist.

Die Maschinenversorgung der Bundesrepublik erfolgte zu 93 % aus inländischer Produktion. Auch bei Frankreich und Italien beträgt die heimische Versorgung mehr als 75 %. Belgien, Luxemburg und die Niederlande dagegen sind in starkem Maße auf Bezüge aus dem Ausland, in erster Linie aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. der Freihandelszone angewiesen. Länder mit geringer Eigenversorgung, wie Belgien-Luxemburg oder die Niederlande, werden den einfuhrsteigernden Wirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stärker ausgesetzt sein als Staaten



mit geringeren Einfuhrquoten, wie z. B. die Bundesrepublik; denn durch die bisherigen Handelsbeziehungen der einzelnen Partnerstaaten untereinander haben die Exportfirmen Gelegenheit gehabt, eine entsprechende Absatzorganisation aufzubauen und den "good will" ihrer Erzeugnisse kontinuierlich zu stärken. Je höher der Export eines Landes bisher war, um so breiter ist die Ausgangsbasis für eine weitere Steigerung der Ausfuhren. Umgekehrt sind die Chancen einer Exportsteigerung um so geringer, je weniger bisher eine Gelegenheit zum Aufbau einer eigenen Verkaufsorganisation gegeben war.

**Maschinenversorgung  
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1956**  
(in % der Gesamtversorgung)

Land	Versorgung aus:			
	inländischer Produktion	EWG-Ländern	FHZ-Ländern einschl. EWG-Ländern	anderen Ländern
Bundesrepublik	92,6	1,6	5,4	2,0
Frankreich einschl. Saargebiet	78,7	10,1	16,0	5,3
Belgien-Luxemburg	23,8	42,2	56,5	19,7
Niederlande	38,7	34,8	52,2	9,1
Italien	79,8	9,4	14,6	5,6

Diese Erwägungen haben selbstverständlich zeitlich und sachlich nur begrenzten Charakter. Nach gegenseitiger Öffnung der Grenzen und Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen steht allen Teilnehmerstaaten die Möglichkeit des Aufbaus entsprechender Verkaufsorganisationen offen. Qualität der Erzeugnisse, Preisgestaltung (einschließlich Liefer- und Zahlungsbedingungen) und Anpassungsfähigkeit der Hersteller an den Bedarf stellen von diesem Zeitpunkt an die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren dar.

Es steht zu hoffen, daß die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone auf zahlreichen Gebieten zu einer Intensivierung der deutschen Maschinenexporte in die von diesen beiden Projekten umschlossenen Länder führen wird. Dabei wird allerdings vorausgesetzt, daß die einzelnen Staaten ihre mengenmäßigen Beschränkungen und Zollschränken tatsächlich abbauen. Besonders von der Beseitigung der noch bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen läßt sich eine echte Chance zur Steigerung der Ausfuhren erwarten.

Dagegen sollte die Wirkung des Zollabbaus auf den Maschinenexport nicht überschätzt werden. Verhältnismäßig geringfügige Senkungen von 10 bis 30 % führen bei Maschinenerzeugnissen nicht zu einer Preissenkung, die eine wesentlich verstärkte Nachfrage nach diesen Erzeugnissen auslösen könnte. Diese Überlegung trifft insbesondere für Länder mit niedrigen Zöllen (z. B. Benelux) zu. Die stimulierende Wirkung des Zollabbaus auf den Maschinenexport wird um so geringer sein, je hochwertiger die Objekte sind. Lediglich bei konsumnahen Maschinen kann in den Hochschutzzolländern durch Zollsenkungen mit einem Steigen der Nachfrage gerechnet werden.

**DIE KAPAZITÄTSFRAGE**

Durch die Steigerung der Maschinenexporte in den westeuropäischen Raum wird sich möglicherweise eine Änderung der Absatzstruktur ergeben. Man wird davon ausgehen können, daß der Export nach dritten Staaten unter der Voraussetzung gleichbleibender Kapazität tendenziell zunächst abgeschwächt wird. Ob es zu einem effektiven Rückgang kommen wird, ist zu bezweifeln; denn die potentielle Nachfrage nach deutschen Maschinen in Übersee ist nach wie vor erheblich.

Die effektive Nachfrage dieser Staaten dürfte jedoch ihre Grenze in den verfügbaren Devisenreserven finden. Unter Berücksichtigung der Wirksamkeit dieser Faktoren ist anzunehmen, daß die Bildung des westeuropäischen Marktes lediglich zu einem relativen Rückgang der Exporte nach dritten Staaten führt und daß der Aufwärtstrend abgeschwächt wird. Die Voraussetzung gleichbleibender Kapazität kann selbstverständlich nicht aufrechterhalten werden. Auch der Maschinenbau tendiert zu einer dynamischen Weiterentwicklung, die durch die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Freihandelszone noch verstärkt wird. Angesichts der gegenwärtig weitgehenden Ausnutzung der Kapazität im deutschen Maschinenbau und im Hinblick auf die bestehenden Lieferverpflichtungen gegenüber dritten Staaten sollte die Öffnung der Grenzen in Westeuropa in bestimmten Bereichen zu einer Ausweitung der Produktionsanlagen führen. Von diesem Trend dürften diejenigen Fachzweige und Unternehmungen des Maschinenbaus am ehesten erfaßt werden, deren Ausfuhr sich besonders stark auf Westeuropa konzentriert, bzw. solche, die in ihrem Export nach Westeuropa noch besonders stark durch Zölle und mengenmäßige Beschränkungen behindert werden.

Bei der zu erwartenden Kapazitätsausweitung in bestimmten Fachzweigen befindet sich die Bundesrepublik im Vergleich zu den übrigen Mitgliedstaaten in einer relativ ungünstigen Position, da die Finanzierungskosten in allen übrigen Teilnehmerstaaten niedriger sind. Dieser Faktor des billigen Geldes für künftige Investitionen trifft die Maschinenindustrie nicht nur direkt, sondern auch als wichtigsten Investitionsgüterlieferanten für die gesamte übrige deutsche Industrie.

#### DIE BEDEUTUNG DES BINNENMARKTES

Die Bedeutung eines stabilen Binnenmarktes für eine gesunde Exportentwicklung ist im Maschinenbau allgemein bekannt. Der Maschinenexport kann nur auf einem kontinuierlichen und breiten Inlandgeschäft wachsen. In diesem Sinne bedeutet die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine wesentliche Erweiterung des „Binnenmarktes“, der durch seine ständige technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung zu einer Verbesserung der Exportchancen nach dritten Ländern führt, falls nicht durch den Vertrag die handelspolitischen Beziehungen beeinträchtigt werden. Die Auflegung größerer Serien ermöglicht eine günstigere Gestaltung der Kostenstruktur und schafft dadurch die Voraussetzung für weitere Rationalisierungen, Preissenkungen oder Produktverbesserungen. Als Folge kann eine größere Abnahmebereitschaft in dritten Ländern erwartet werden. Selbstverständlich ergeben sich diese Chancen auch für die Maschinenindustrien der übrigen Teilnehmerstaaten. Der deutsche Maschinenbau verfügt auf Grund seines Potentials jedoch über eine relativ günstige Ausgangsbasis. Es ist dementsprechend zu hoffen, daß von der Steigerung des Maschinenaustausches in Westeuropa eine kumulative Wirkung auf die deutschen Maschinenexporte nach dritten Ländern ausgehen wird.

Gleichzeitig verbessert sich die Wettbewerbslage des Maschinenbaus der Partnerstaaten auf dem Markt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone gegenüber den Importen aus dritten Industrieländern. Die Maschinen amerikanischer, kanadischer und japanischer Herkunft werden mit den nationalen bzw. den Zöllen des gemeinsamen Außentarifbesatzes belastet, während die deutschen und die Erzeugnisse der übrigen Partnerstaaten diesen Abgaben nicht unterliegen.

Wenn schon eine gewisse Unsicherheit darüber besteht, welche Auswirkungen der Gemeinsame Markt auf die eigene Industrie haben wird, so ist die Beurteilung dieser Wirkungen auf die übrigen Partnerländer noch weit schwieriger. Es wäre verfehlt, davon auszugehen, daß die deutsche Maschinenindustrie sich bedenkenlos der verschärften Konkurrenz der Teilnehmerstaaten aussetzen könnte. Eine mögliche Gefährdung der Marktstruktur besteht auf den Gebieten der Armaturen, Büromaschinen, Textilmaschinen, milchwirtschaftlichen Maschinen, Ackerschlepper, Landmaschinen, Kältemaschinen und Nähmaschinen. Inwieweit auf einzelnen Gebieten Strukturverlagerungen zu erwarten sind, wird nicht allein von der Reaktion der deutschen Industrierwerke auf die Bildung des Gemeinsamen Marktes abhängen, sondern weitgehend auch von der Entwicklung der Industrien in den Partnerländern, die im Augenblick noch nicht zu beurteilen ist.

Im allgemeinen wird man sagen können, daß Firmen, die international konkurrenzfähig sind, der Gefahr, durch Strukturverlagerungen verdrängt zu werden, am wenigsten ausgesetzt sind. Unternehmungen dagegen, die bisher im Schutze von Zöllen und sonstigen Einfuhrbehinderungen produziert haben, werden von der Öffnung des heimischen Marktes stärker betroffen sein, als ihnen der Abbau der Einfuhrschranken in den Partnerstaaten nützlich sein wird. In einigen Fachzweigen kann es daher zu „Reibungsverlusten“, d. h. zur Vernichtung investierten Kapitals und zur Freisetzung von Arbeitskräften kommen, so daß sich im Maschinenbau möglicherweise eine Strukturverlagerung zugunsten der relativ stark exportorientierten Fachbereiche ergeben wird.

Aus Kreisen der Maschinenindustrie ist der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone könne zu einer Beeinträchtigung der Klein- und Mittelbetriebe führen. Diese Folgerung dürfte nicht zutreffen. Zweifellos wird die Entwicklung zum Großbetrieb durch die Bildung des Gemeinsamen Marktes verstärkt; denn große Serien werden hohe Kapitalinvestitionen verlangen, die aufzubringen den Großbetrieben leichter fallen wird. Das muß jedoch nicht notwendig so sein, denn je lohnintensiver eine Produktion ist, um so mehr tendiert die optimale Betriebsgröße, d. h. die günstigste Gestaltung der Kostenstruktur zum Mittel- und Kleinbetrieb. Der Maschinenbau mit seinem hohen Anteil an Spezialanfertigungen ist jedoch in hohem Maße lohnintensiv. Die Tendenz zum Großbetrieb sollte aus diesem Grunde nicht überschätzt werden.

## HANDELSPOLITISCHE KONSEQUENZEN

Selbst eine vorläufige Beurteilung der Wirkungen des Gemeinsamen Marktes auf die deutsche Maschinenindustrie ist nicht möglich, ohne die handelspolitischen Konsequenzen zu berücksichtigen, die sich aus der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben können. Die Exportquote des deutschen Maschinenbaus beträgt 34,6%. Vom Gesamtmaschinenexport gehen rd. 34% in die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das bedeutet, daß zwei Drittel der Ausfuhren in Nichtteilnehmerstaaten verbracht werden. 23% der Maschinenausfuhren entfallen auf die potentiellen Freihandelsstaaten und der Rest auf dritte Länder. Auf Grund dieser Struktur mißt der deutsche Maschinenbau der Bildung der Freihandelszone sehr große Bedeutung zu. Ohne die Angliederung der übrigen westeuropäischen Staaten an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft müßte die Schranke des gemeinsamen Außentarifes zu einer Abschnürung des innereuropäischen Warenaustausches führen. Die verminderten Liefermöglichkeiten unserer OEEC-Partner, z. B. Dänemarks, hätten einen Rückgang der deutschen Maschinenexporte in diese Länder zur Folge. Die Verwirklichung der Freihandelszone mit Einschluß der wirtschaftlich schwächeren OEEC-Staaten sollte daher mit allen geeigneten Mitteln angestrebt werden.

Die handelspolitischen Verpflichtungen, die aus dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erwachsen, geben ebenfalls Anlaß zur Besorgnis. Die Abnahmeverpflichtungen auf dem Agrarsektor und die Assoziation der überseeischen Gebiete führen zu einer Beeinträchtigung der Liefermöglichkeiten, z. B. der mittel- und südamerikanischen Staaten. Dementsprechend vermindern sich die Exportchancen der deutschen Maschinenindustrie nach diesen Ländern, da für etliche dieser Staaten auch bei freier bzw. multilateraler Verrechnung das „do ut des“ des Warenaustausches maßgeblich ist. Die positiven Wirkungen, die sich durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch für den Export nach dritten Staaten ergeben, können hierdurch möglicherweise gelähmt werden.

Das Ziel sollte daher die Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen gegenüber diesen Staaten sowie die baldmöglichste Herbeiführung „bilateraler“ Zollver-

handlungen über die Senkung des gemeinsamen Außentarifes sein, um Blockbildungen zu vermeiden und einen weltweiten Handel zu ermöglichen.

Auf der diesjährigen GATT-Tagung in Genf werden die überseeischen Staaten, die sich durch die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone benachteiligt fühlen, zu diesen Integrationsplänen ihr Placet zu geben haben. In westeuropäischen Kreisen rechnet man damit, daß sich die Verhandlungen keineswegs leicht gestalten werden, zumal verschiedene Industrie- und Agrarstaaten bereits offiziell Protest erhoben haben. Beide Gruppen fühlen sich durch die Bildung des europäischen Marktes diskriminiert, die eine, weil sich ihre Wettbewerbslage gegenüber den europäischen Industriestaaten auf dem europäischen Markt verschlechtert hat, die andere, weil sie sich durch die zollfreien Liefermöglichkeiten der assoziierten Gebiete benachteiligt fühlt.

Es wäre vermessen, wollte man eine Prognose über das Abstimmungsergebnis in der bevorstehenden Vollversammlung des GATT geben. Wenn auch nicht mit einer völligen Ablehnung der Europaprojekte durch das GATT zu rechnen ist, so besteht doch die Gefahr, daß einige GATT-Staaten aus der Zustimmung ihrerseits die Konsequenzen ziehen und die mit Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone ausgehandelten Vertragspositionen kündigen. Hierdurch könnte sich eine Verschlechterung der Exportchancen, u. a. des deutschen Maschinenbaus nach diesen Ländern, ergeben. In verschiedenen Kreisen der deutschen Öffentlichkeit ist darauf hingewiesen worden, die Assoziation der afrikanischen Gebiete an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft könne bei einer Vielzahl überseeischer Staaten zu einem Prestigeverlust der Bundesrepublik und damit womöglich zu einer Verminderung unseres Warenverkehrs mit diesen Ländern führen. Der Maschinenbau vertritt die Ansicht, daß diese Gefahr nicht überschätzt werden sollte. Zweifellos wird der eine oder andere Staat anfangs zu gewissen Ressentiments geneigt haben. Andererseits zwingt die dringende Notwendigkeit zur Hebung des Lebensstandards der breiten Bevölkerungsschichten diese Länder jedoch zu einer forcierten Entwicklung ihrer Wirtschaft, d. h. zur Umstellung von der Agrarwirtschaft auf gewerbliche und industrielle Tätigkeit.



Preis pro Buch **DM 34,50**

Richten Sie

Ihre Bestellung bitte an: **GORDIAN-MAX RIECK, ABT. BUCHHANDEL · HAMBURG 21**

**Wolf Mueller**

### **Seltame Frucht Kakao**

Diese „Geschichte des Kakaos und der Schokolade“ ist die erste ihrer Art, die dieses interessante Thema erschöpfend behandelt. Sie ist das Ergebnis mehr als 25jährigen Forschens, Sammelns und Prüfens von vielen hundert Einzelheiten aus einem 1000jährigen Zeitraum.

Dem Verfasser — 1951 erschien von ihm im Gordian-Verlag die „Bibliographie des Kakaos“ — gelang es durch sorgfältige Forschungen in Archiven und Sichtung eines ungeheuren Quellenmaterials, manch landläufigen Irrtum aufzuklären und richtigzustellen.

Es sollte außerdem nicht übersehen werden, daß die Einbeziehung der überseeischen Gebiete auch bestimmte Vorteile mit sich bringt. Theoretisch soll allen Teilnehmerstaaten der ungehinderte Zugang zu den Rohstoffquellen Afrikas ermöglicht werden. Wenn Rohstoffe und Halbfabrikate auch bisher bereits weitgehend zollfrei oder zollbegünstigt in die Bundesrepublik eingeführt werden konnten, so ist in der Einbeziehung dieser Gebiete in den „heimischen“

Markt trotzdem ein echter Fortschritt zu erblicken. Leider werden die deutschen Liefermöglichkeiten in diese Entwicklungsgebiete noch durch Zölle und sonstige Abgaben behindert, während Frankreich in seine afrikanischen Besitzungen zollbegünstigt liefern kann. Die im Vertrag in Aussicht genommene Angleichung der Zölle gegenüber den einzelnen Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sollte daher baldmöglichst verwirklicht werden.

## Bilanz der französischen Staatsbetriebe

Alfred Frisch, Paris

In nicht allzu ferner Vergangenheit waren die französischen Staatsbetriebe wegen ihrer Geschäftsführung häufig starker Kritik ausgesetzt. Dann wurde es recht still um sie, bis plötzlich unlängst ein alarmierender Bericht des Berichterstatters des Finanzausschusses der zweiten französischen Kammer, Senator Pellencs, erschien und besonders in der ausländischen Presse starke Beachtung fand. Unter Hinweis auf hohe Fehlbeträge wurde von einem völligen Fehlschlag des Nachkriegsexperimentes gesprochen.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, wenn der Bericht des Senators in der französischen Öffentlichkeit nur sehr geringes Echo fand. Seine Grundtendenz entspricht kaum der Überzeugung der öffentlichen Meinung, nicht einmal ihres konservativen Teiles. Außerdem kennt man die Voreingenommenheit des Verfassers, der teilweise mit dem statistischen Material etwas willkürlich umging und zu Schlußfolgerungen gelangte, die mit den tatsächlichen Verhältnissen schwer vereinbar sind. Es ist festzustellen, daß es augenblicklich in Frankreich kaum jemanden gibt, der die Verstaatlichung der Grundindustrien ernstlich in Frage stellt; die so gut wie unbedingte Anerkennung des status quo betrifft sowohl die Eisenbahn wie die Kohlengruben und die Elektrizitätswerke. Man weiß sehr genau, daß diese Unternehmen im Augenblick der Verstaatlichung teilweise einer sehr schwierigen finanziellen Lage gegenüberstanden und daß sie außerdem mit sehr niedrigen Tarifen arbeiten müssen und infolgedessen auf staatliche Investitionshilfe angewiesen sind. In Anbetracht ihrer geringen Rentabilität, die selbstverständlich der gesamten Wirtschaft ziemlich direkt zugute kommt, dürfte es ihnen im Falle einer Reprivatisierung sehr schwer fallen, Privatkapital für ihre weitere Ausdehnung, besonders im Energiesektor, zu finden.

Die Verstaatlichung der großen Depotbanken und der bedeutendsten Versicherungsgesellschaften findet dagegen verhältnismäßig wenig Billigung. Im heutigen politischen Klima könnte dieses Experiment auch nicht mehr wiederholt werden, man hat sich aber ziemlich allgemein mit der nun einmal gegebenen Tatsache abgefunden und sieht keinerlei Veranlassung, die Verstaatlichungsmaßnahmen auf diesem Sektor rückgängig zu machen. Allein die durch ihre demagogischen Forderungen bekannten Poujadisten schlugen unlängst

die Reprivatisierung der staatlichen Unternehmen vor. Es ist klar, daß ihnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch die konservativen Abgeordneten nicht folgen werden. Eine Reprivatisierung würde das Gleichgewicht der französischen Wirtschaft erheblich erschüttern und käme praktisch einer empfindlichen Abschöpfung des Kapitalmarktes zugunsten des Staates gleich.

Selbst die staatlichen Renault-Werke, Frankreichs größte Automobilfabrik, die aus zufälligen politischen Gründen nach ihrer Beschlagnahmung verstaatlicht wurden, haben in keiner Weise eine Änderung ihrer Eigentumsverhältnisse zu erwarten. Sie gehören dank ihrer einwandfreien Geschäftsführung und ihrer internationalen Erfolge zu den nationalen Aktiven und machen auf diese Weise auch den liberalsten Anhängern der Privatwirtschaft Freude. Ebenso geringe Reprivatisierungslust besteht für die staatlichen Flugzeugfabriken, die durch eine sehr enge Arbeitsteilung mit den privaten Unternehmen verbunden sind und den letzteren als nicht unerwünschtes Verbindungsglied zu der Staatskasse hin wertvolle Dienste leisten. Zur Gewohnheit wurde ferner das staatliche Eigentum an den elsässischen Kaligruben, an einer großen Stickstofffabrik bei Toulouse und die Beteiligungen in der Erdölwirtschaft.

Besonders befriedigend arbeiten die gemischten staatlich-privaten Unternehmen, deren Aktien an der Börse ebenso geschätzt werden wie diejenigen der reinen Privatbetriebe und deren Kapitalerhöhungen durch Ausgabe junger Aktien nicht auf die geringsten Schwierigkeiten stoßen. Psychologisch von nicht geringer Bedeutung dürfte auch die seit einigen Jahren zu beobachtende Taktik der Staatsbetriebe sein, sich mehrheitlich oder minderheitlich am Kapital neuer staatlich-privater Gemeinschaftsgründungen auf streng industrieller Ebene zu beteiligen. Es entsteht auf diese Weise eine konstruktive Verflechtung zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor, wobei die Privatwirtschaft Wert auf eine gewisse staatliche Risikodeckung legt, während der Staat das Privatkapital benötigt. An Beispielen mangelt es weder im Flugzeugbau, noch in der Kohlenchemie, noch im neuen Atombereich. Die betreffenden Gesellschaften arbeiten völlig reibungslos und werden in keiner Weise durch die staatliche Bürokratie gehemmt.